

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846**

11 (7.11.1846)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1846 im Umfang des Großherzogthums 42 Kreuzer durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> II.

Carlsruhe, Samstag den 7. November.

1846.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Carlsruhe, Mannheim, Heidelberg und Freiburg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreißigjährigen Beitzelle berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

## Der Senat zu Frankfurt und der neue Zolltarif.

In der Behandlung und Mittheilung von Zollvereinsangelegenheiten ist keine deutsche Regierung schneller bei der Hand, als der Senat der freien Stadt Frankfurt. Durch seine Mittheilung an die gesetzgebende Körperschaft erhielt im Jahre 1841 Deutschland die erste Kunde von dem Handels- und Schiffahrtsvertrage, welchen der Zollverein mit England abgeschlossen hatte. Der Senat war mit jenem Vertrage zufrieden, eine sehr große Zahl von Deutschen war unzufrieden, nach unserer Ansicht (wie sich auch seither gezeigt hat) mehr, als Grund dazu vorhanden gewesen. Es war eben damals das Jahr 1841, wo Mancher glaubte, es werde nun mit der deutschen Einheit, mit dem Beitritt der Küstenländer zu dem Zollverein, mit der deutschen Flotte, dem Welthandel und der Industrie im Gallop gehen, und jener Vertrag könne den Fortschritt hindern, weil er die Bedingung enthielt, daß Zucker und Reis, auf englischen Schiffen eingeführt, keine höheren Abgaben bezahlen sollen, als wenn sie auf anderen Schiffen eingeführt werden. Der Vertrag hat unseren deutschen allmählichen Fortschritt zu Ansehen, Macht und Größe nicht aufhalten; stünde sonst kein Hinderniß im Wege, wir könnten von Glück sagen. Mit dem Jahre 1847 läßt der englische Handels- und Schiffahrtsvertrag ab, und es wird sich zeigen, ob er unter günstigeren Bedingungen für die deutsche Schiffahrt und den deutschen Handel erneuert werden kann. Vielleicht erhalten wir im Jahre 1848 die erste Nachricht wieder durch den Frankfurter Senat.

Ein zweites Beispiel schneller Mittheilung hat diese Behörde hinsichtlich der Ergebnisse der letzten Zollconferenz in Berlin geliefert. Während ganz Deutschland darauf gespannt war, und wir in Baden erst durch das Regierungsblatt vom 5. November Kenntniß davon erhielten, hatte der Senat zu Frankfurt schon am 10. Oktober dem gesetzgebenden Körper einen Vortrag darüber erstattet. Es verlautete zwar seit geraumer Zeit, daß die deutsche Gewerbsthätigkeit von den Beschlüssen in Berlin wenig oder nichts zu erwarten habe, daß namentlich die Spinnerei den Zollschutz nicht erhalten werde, dessen sie bedarf, um gegen die englische Uebermacht aufzukommen; und diese Ansicht war nicht geeignet, den Theil des Publikums zufrieden zu stellen, welcher einsteht, wie viel daran gelegen ist, daß die deutsche Industrie sich kräftig entwickle, um zunächst auf dem eigenen Markte, dann auf fremden Märkten die Mitbewerbung bestehen zu können; welcher ferner einsteht, daß ohne Baumwollen- und Leinwandspinnerei die Maschinenfabrikation nicht gedeihen kann, daß ohne diese keine große Industrie möglich ist und Deutschland dem Auslande zinsbar bleibt. So sollen denn — hieß es — noch im-

mer jährlich Millionen Gulden nach England wandern, um dort die Arbeiter zu bezahlen, während die deutschen Arbeiter den Verdienst so gut brauchen könnten; sollen denn gerade die wenigen Zweige der Industrie schutzlos bleiben, welche die Grundlage der gesammten Gewerbsthätigkeit und die Bedingung des Gedeihens so vieler andern Zweige sind, während minder wichtige übermäßig geschützt werden; soll dieser traurige Zustand fortauern, Angesichts der theuern Zeiten und großen Noth, der Auswanderung in Massen, um dem nahenden Mangel zu entgehen und lohnende Arbeit zu suchen; entgegen den mahnenden Stimmen, den wohlbegründeten Bitten und bescheidenen Anträgen der Gewerbsunternehmer, der Stände und mehrerer Regierungen? Und werden wir in Deutschland nicht sehr bald die Nachteile der Schutzlosigkeit bitter empfinden müssen, da England, um für seine riesenmäßigen Einkäufe von Lebensmitteln an allen Enden der Welt und für die Ernährung seiner arbeitenden Bevölkerung Geld herbeizuschaffen, genöthigt sein wird, Massen von Waaren nach dem Festlande auszuführen und um jeden Preis zu verkaufen, wozu ihm nichts besser taugt, als die Gespinne und Gewebe seiner riesenhaften Baumwollenindustrie und kein Markt bequemer offen steht, als das Gebiet des Zollvereins?

Dies und Aehnliches vernahm man allerwärts und — siehe da, auch der Senat von Frankfurt klagt über die Ergebnisse der Zollconferenz in Berlin. Aber thut er es aus den angeführten Gründen; wünscht er, daß dem deutschen Gewerbfleiß, der deutschen Arbeit geholfen werde, damit sie wenigstens einen Theil des Geldes verdienen, das jedes Jahr für Waarenbezüge aller Art, und besonders für Gespinne und Gewebe nach England wandert? Im Gegentheil. Er spricht wiederholt das Bedauern darüber aus:

„Daß die seit Jahren bestandene und fortwährend bekämpfte Richtung auf Erhöhung der Schutzzölle einen neuen Erfolg geahnen hat, welcher in seiner Wirkung den Interessen des hiesigen Handels nachtheilig werden kann. Wie unvermeidlich indessen die in dieser Beziehung den betreffenden Fabrikationszweigen gemachten Einräumungen gewesen sind, ergibt sich schon daraus, daß sie zum großen Theile gegen die Ansicht und den Wunsch der einflussreichsten Vereinststaaten des Nordens gemacht worden, und der Senat muß seine Hoffnungen darauf setzen, daß man in Deutschland auf den Höhepunkt eines Systems gekommen sein wird, welches in anderen Staaten bereits verlassen, oder doch heftig bekämpft wird. Wie auf allen seitherigen Conferenzen, einschließend dieser letzten, werden die Bevollmächtigten der Stadt auch künftig alle Mittel anzuwenden, die in ihrer Macht stehen, um den freien Handel möglichst zu vertheidigen und nur dasjenige in einem andern Sinne zuzulassen, was sie nicht zu ändern vermögen.“

Sehen wir nun zunächst, welches die Einräumungen sind, die dem Begehren nach genügendem Zollschutz für die wichtigsten Zweige des deutschen Gewerbfleißes gemacht wur-

den, jene Zugeständnisse, welche den Senat von Frankfurt für die Interessen des Handels der Stadt besorgt machen.

Mit dem 1. Januar 1847 treten in dem Vereinstarif folgende Aenderungen ein:

1) Von roher Baumwolle wird der Ausgangszoll von 52 $\frac{1}{2}$  fr. auf 35 fr. für den Centner herabgesetzt.

2) Der Eingangszoll von ungebleichtem ein- und zweidrähtigem Baumwollengarn wird von 3 fl. 30 fr. auf 5 fl. 15 fr. per Centner erhöht.

3) Der Ein- und der Ausgangszoll von Farbhölzern mit 17 $\frac{1}{2}$  fr. per Ctr. bleibt bei denen, welche gemahlen oder geraspelt ein- oder ausgehen. Farbhölzer in Blöcken dagegen werden vom Eingangszoll frei, bezahlen aber den doppelten Ausgangszoll mit 35 fr.

4) Der Eingangszoll von geknoppertem Zaineisen, welches in Baiern an der Grenze von Hindelang bis zur Donau eingeht, wird von 1 fl. 45 fr. auf 2 fl. 37 $\frac{1}{2}$  fr. erhöht (der allgemeine Zoll ist 5 fl. 15 fr.).

5) Rohes Leinengarn, Maschinengepinnst, wird mit einem Eingangszoll von 3 fl. 30 fr. belegt; für Handgepinnst bleibt der bisherige Satz von 17 $\frac{1}{2}$  fr.

6) Von gebleichtem und gefärbtem Garn wird der Eingangszoll von 1 fl. 45 fr. auf 5 fl. 15 fr.,

7) für Zwirn von 3 fl. 30 fr. auf 7 fl.,

8) für rohe Leinwand, rohen Zwillich und Drillich ebenfalls von 3 fl. 30 fr. auf 7 fl.,

9) für gebleichte, gefärbte, gedruckte oder in anderer Art zugerichtete (appretirte) Leinwand von 19 fl. 15 fr. auf 35 fl.,

10) für Bänder, Batist, Vorden u. s. w. von 38 fl. 30 fr. auf 52 fl. 30 fr.,

11) für Zwirnspeizen von 96 fl. auf 105 fl. erhöht.

12) Endlich wird die Begünstigung der Einfuhr einiger Viehgattungen an der Grenze von Oberwiesenthal in Sachsen bis Schusterinsel in Baden etwas geschmälert, beziehungsweise der Zoll von einem Viertel auf ein Drittel der allgemeinen Sätze erhöht.

Dies sind sämmtliche Aenderungen der Ein- und Ausgangszölle. Eine Ermäßigung der Durchgangsabgabe von Talg im nordöstlichen Theil des Vereinsgebietes kommt hier nicht in Betracht.

Was kann nun hiervon der Senat von Frankfurt für die Interessen des Handels der Stadt besorgen? Offenbar können nur die „Einkäumungen“ für die Baumwollenspinnerei und das Leinengewerbe gemeint sein.

Im Allgemeinen war von Sachkennern, von den süddeutschen Kammern und Regierungen und von den Industriellen in Preußen selbst verlangt worden, daß diese Erzeugnisse im Verhältnisse zu der Menge und Güte der Arbeit geschützt werden sollen. So z. B.

ungebleichtes, eindrähtiges Baumwollengarn, statt 3 fl. 30 fr. mit 7 fl. bis Nr. 20, mit 10 fl. 30 fr. bis Nr. 60, und mit 14 fl. für die höheren Nummern;

zwei- und mehrdrähtiges mit 19 fl. 15 fr. statt mit 14 fl.

Statt dessen ist ungebleichtes, ein- und zweidrähtiges Baumwollengarn ohne Unterschied der Qualität von 3 fl. 30 fr. auf 5 fl. 15 fr. erhöht worden. Dies ist kein Schutz, insbesondere für die höheren Nummern. Es hilft der deutschen Spinnerei nichts und füllt nur die Zollkassen, sobald es den Engländern einfällt, unsere Märkte mit ihren Garnen zu

überschwemmen. Vor Allem aber ist zu beklagen, daß das zu Zeiteln angelegte, geschlichtete oder ungeschlichtete Garn, welches als halbes Gewebe in ungeheurer Menge aus England eingeführt wird, bei dem niederen Satz von 5 fl. 15 fr. belassen und nicht wenigstens mit 14 fl. belegt worden ist, um möglich zu machen, daß der Verdienst dieser Arbeit deutschen Arbeitern zugewendet werde.

Leinengarn, Maschinengepinnst, ist mit 3 fl. 30 fr. belegt worden; allein es wäre für die gröberen Sorten der doppelte, für die mittleren der dreifache, für die feineren der vierfache Schutz nöthig, um diese alte, so gefährlich bedrohte vaterländische Industrie in den Stand zu setzen, gegen die englische Uebermacht zu kämpfen. Auch die Zollerhöhungen von gebleichtem und gefärbtem Leinengarn und Zwirn sind nicht genügend, um eine günstige Wirkung anderswo hervorzubringen, als bei den Zollkassen. Für Wollengarne ist gar nichts geschehen, dagegen sind einige der zuletzt aufgeführten Erhöhungen für Leinenwaren weitaus nicht so nöthig, als ein genügender Schutz der Baumwollen- und Leinenpinnerei gewesen wäre.

Die englische Handelsfreiheit, für welche der Senat von Frankfurt zu schwärmen scheint, verträgt sich recht gut mit einem Schutz der Industrie bis zu 15 Procent des Werthes. Und wenn einmal England mit fremden Fabrikaten überschwemmt, wenn seine Industrie in ihren Grundvesten durch fremde Mitbewerbung bedroht wäre, wenn seine Arbeiter dadurch brotlos würden, dann würde die britische Regierung sicher keinen Augenblick anstehen, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, um die Nationalarbeit so weit nöthig zu schützen. England, welches die Welt für die Erzeugnisse seiner Gewerbsthätigkeit zum Abnehmer hat, mag wohl von Handelsfreiheit reden; es versteht darunter nicht den Ruin seiner Industrie. Die Handelsfreiheit der Stadt Frankfurt möchte aber am Ende schlecht bestehen, wenn die Verarmung des Volkes in Deutschland zunimmt und sie dürfte besser dabei fahren, wenn die unwohnende Bevölkerung, statt entweder auszuwandern oder zu verarmen, sich im Lande redlich ernähren kann. Der neue Zolltarif hat die deutsche Industrie für die nächsten drei Jahre auf magere Kost gesetzt. Es mögen aber innerhalb dieser Zeit wohl Ereignisse eintreten, welche selbst den Senat zu Frankfurt belehren, daß der Tarif noch mancher Verbesserungen bedarf, wenn der deutsche Fleiß es zu etwas bringen soll, und daß die Handelsfreiheit nicht darin besteht, daß man die Arbeiter im fremden Lande ernähren hilft, im eigenen Vaterlande aber darben läßt.

(Holland in Noth — wie Deutschland.) Der Landtag in Holland ist eröffnet und kann wichtig werden, da — nach einem Briefe aus dem Haag in der allgem. Zeitung — die Klüft zwischen dem Regierungssystem und den Volkswünschen immer entschiedener hervortritt. Auf dem vorigen Landtag wurde ein Tarif angenommen, den die Regierung inzwischen durch den Vertrag mit Belgien wesentlich geändert hat. Die Zustimmung der Stände wurde umgangen und man besorgt, daß Preußen im Namen des Zollvereins gegen den belgischen Vertrag Schritte thun, beziehungsweise für den Handel des Vereins die nämlichen Erleichterungen verlangen werde. Die Arnheimer Zeitung wünscht sogar, daß der

Zollverein kräftig auftreten möge, damit die holländische Regierung einsehen lerne, daß die Beschränkungen des Handels und der Schifffahrt nicht mehr zu halten seien. — Aus der Vorlage des zweijährigen Budgets, sagt man, werde sich ein beträchtlicher Ausfall und die Nothwendigkeit herausstellen, den Staatshaushalt zu vereinfachen und umfassende Ersparnisse, besonders bei dem Landheere, zu erzielen. Es ist der allgemeine Wunsch, daß die Ausgaben auf den Betrag der ordentlichen Einnahmen ermäßigt und nicht länger auf die unsicheren Zuflüsse aus den ostindischen Kolonien angewiesen werden sollen. Diese Einnahmen beruhen ohnehin auf Monopolen, die nachtheilig für den Handel wirken. Verarmung und Auswanderung nehmen in erschreckendem Maße zu; die Letztere hat ihren Grund in dem Bedürfnisse einer größeren kirchlichen Freiheit und geht fast ausschließlich nach fremden Ländern. Die Gesetzgebung leistet nicht, was von ihr erwartet wird; seit mehreren Jahren schweben das Wahlgesetz, das Armengesetz, die Gesetze über die Schutterei (Landwehr), die Jagd, den Unterricht und andere dringende Gegenstände. Dem Landtage liegen zahlreiche und wichtige Gesetze vor. Das neue Strafgesetzbuch, schon mehrmals verunglückt, wird, wie man hofft, diesmal zu Stande kommen; ein allgemeines Polizeigesetz ist dringend nöthig, um den Wirrwarr der Verordnungen zu lösen. Das allgemeine Verlangen nach einer Durchsicht der Verfassung und gründlichen Verbesserungen in der Verwaltung zeigt sich überall, in den Wahlen der Städte und Provinzen, in den vielen Oppositionsblättern. Die Regierung aber tritt mit Pressprozessen entgegen und stützt auf Beschränkungen der Pressfreiheit. „Unglücklich der Staat,“ ruft das Handelsblad aus, „dessen freie politische Entwicklung durch die eigene Regierung gehemmt wird; es ist, als wenn ein ungeschickter Arzt einen gesunden thätigen Mann der Diät eines todtkranken unterwürfe.“ Der Verfasser des inhaltreichen Briefes in der allg. Zeitung aber fügt bei, in Bezug auf die beabsichtigten Beschränkungen der Presse: „Ein gefahrloseres Mittel ist es gewiß, die Ursache des Mißvergnügens zu beseitigen, indem man den Volkswünschen Rechnung trägt und durch freisinnige Maßregeln den rechtmäßigen Klagen und Beschwerden der Opposition abhilft. Läßt man die Saat der Unzufriedenheit aufwachsen, und will dann bloß den Baum beschneiden, so befördert man dadurch nur dessen Wachsthum, und die Früchte sind bitter.“ — Es wäre überflüssig, zu bemerken, daß dieser gute Rath nicht nur für Holland paßt und daß sehr zu wünschen wäre, er würde im ganzen Stromgebiet des Rheins und anderer deutschen Ströme beachtet.

### Briefe.

Karlsruhe, 6. November. Ein Erlass des Groß-Oberstudienraths vom 12. October Nr. 1802, zum Vollzug des §. 4 der Verordnung über die gelehrten Schulen vom 31. December 1836 enthält Bestimmungen über den Unterricht im Turnen, welche zeigen, daß dieser Gegenstand keineswegs vernachlässigt wird. Das Turnen bildet hiernach bei den Schulen des Großherzogthums, Lyceen, Gymnasien, Pädagogien und höheren Bürgerschulen einen besonders wichtigen Theil des gesammten Unterrichts. Behufs der genauen Ueberwachung desselben sollen zu Anfang jeden Schuljahrs die Eltern und Für-

sorger der Schüler zur Erklärung veranlaßt werden, ob sie ihre Söhne und Pflegebefohlenen hieran Theil nehmen lassen wollen. Diejenigen Schüler, welche für diesen Unterricht, wofür ein besonderes Honorar nicht bezahlt wird, bestimmt werden, haben sodann an den Uebungen regelmäßig einen Antheil zu nehmen. — Die Uebungen sind wöchentlich zweimal je 1 1/2 Stunden oder dreimal je 1 Stunde. Sie beginnen nach den Ferien mit dem Schuljahr und endigen mit der Herbstprüfung; sie werden auch im Winter fortgesetzt, wenn es die Witterung gestattet, oder wo für ein Lokal georgt ist, in dem sie bei ungünstiger Witterung vorgenommen werden können. Die Uebungen sollen in der Regel nur in Anwesenheit eines ordentlichen Lehrers stattfinden, welchem ein Gehülfe außerhalb des Lehrerstandes beigegeben wird, und der aus der Reihe der reisenden Schüler die Vorturner nimmt, welche von Zeit zu Zeit technisch und methodisch unterwiesen werden. Der Erlass enthält sodann Näheres über die Geräthschaften, die Abtheilung der Schüler in Riegen und den Wechsel der Uebungen. Von dem Fortgang des Turnunterrichts haben sich die Vorstände der Anstalten jeweils zu überzeugen, und eben so sollen die öffentlichen Prüfungen diesen Unterrichtszweig umfassen; die Vorstände der Anstalten werden hauptsächlich darauf ihr Augenmerk richten, daß das richtige Maß eingehalten und die Turnübungen eben so wenig vernachlässigt, als zum Nachtheil der eigentlichen Lehrgegenstände zu sehr ausgedehnt oder bevorzugt werden.

Schweizingen, 5. November. Im Morgenblatt wird behauptet, daß unter der Mehrheit von 219 Bürgern, welche für die Beibehaltung des großen Ausschusses stimmten, „viele von den Werkzeugen eines Ausländers und der hiesigen Radikalen durch allerlei Bestechungsmittel Gedungene“ seien. Was es mit dem Ausländer für eine Bewandniß hat, wurde früher schon mitgetheilt; die Leser erinnern sich an den Engländer, welcher einige, nach der Abstimmung vom Rathhaus kommende Bürger in einem Gasthause zu einem Glase Wein lud, an die darob gegen ihn erhobene Klage und deren Erfolglosigkeit. Bald darauf fand auch eine polizeiliche Untersuchung gegen die „vielen Gedungenen“ statt. Ein alter Tagelöhner sollte gesagt haben: Ich stimme diesmal auch für den Ausschuss, denn ich bin alt und wenn mir etwas fehlt, kann ich bei diesen Leuten eher etwas suchen als bei den Andern (angezeigt und vorgeladen). Ein Wagner soll zu einem Feldschützen gesagt haben: „Wenn der Ausschuss besteht, mache ich dir keinen Hopfenarren vor Freude umsonst (angezeigt und untersucht). Ein Bäcker soll der Frau eines Bürgers Nachlaß ihrer Schuld für Brod, ein Wirth einem Maurer, ein Gärtner einem anderen Bürger Geld versprochen haben für ihre Stimmen zu Gunsten des Ausschusses. Ankläger wurden nicht genannt; es sei die Polizei, hieß es, welche wegen Wahlumtrieben Beschuldigung erhebe; übrigens wurden nicht alle Vorgeladenen vernommen, man schien der Sache, die zu nichts führen konnte, müde zu werden. „Ist es wahr, daß auch der Engländer 15 fl. versprochen hat?“ — wurde unter Anderem ein armer Mann gefragt. „Ach, Herr,“ war die Antwort, „ich hätte gerne 5 fl. genommen, denn brauchen könnte ich es, aber man hat mir nichts geboten und nichts gegeben.“ Viele glauben, daß eine Untersuchung wegen „allerlei Bestechungsmitteln,“ wenn sie Erfolg haben sollte, nach der anderen Seite hätte gerichtet werden müssen. Der große Ausschuss bleibt bestehen, mögen auch die Freunde des Morgenblattes noch so ungehalten dar-

über sein. Wenn aber ihr Brieffschreiber von Fortschrittsmännern spricht, die „an Körper und Geist halb erblindet“ sind, und damit dem allgemein geachteten Altbürgermeister Helmreich den Verlust seines Augenlichtes vorwirft, so bedarf es keines weiteren Beispiels, um zu zeigen, wie es mit den Herzen solcher Menschen bestellt ist.

Wenn Leute, die den Staat und die Kirche zu ihrem eigenen Vortheil ausbeuten möchten, die sich geberden, als hätten sie Thron und Altar für sich allein gepachtet, mit den öffentlichen Zuständen zufrieden sind, so ist dies ein schlimmes Zeichen für die Allgemeinheit. Ein gutes Zeichen wird es dagegen sein, wenn man wahrnimmt, daß solche Leute unzufrieden werden. Ist dies richtig, so haben wir das Vergnügen, ein untrügliches Vorzeichen von Besserung in den öffentlichen Zuständen Badens den Lesern mitzutheilen. Es ließ sich nämlich das Morgenblatt unlängst also vernehmen:

„Wir gehen unlängst einer bösen Catastrophe entgegen, welche übrigens noch abzuwenden wäre (wenn das Morgenblatt zum Kaiser und die Süddeutsche zum Papst gemacht würde). Baden scheint die Bestimmung zu haben, der Ausgangspunkt der Revolte zu werden, auf welche man überall ohne entschiedene Hemmung hinarbeitet. Die Anzahl der Conservativ-Gesinnten, immer noch die größere, wird immer geringer, oder doch unthätiger und gleichgültiger, weil ihre Führer, oder doch die in Vertbeidigung des Prinzips hervortretenden Personen leicht preisgegeben werden. (Sie können doch nicht Alle Minister oder Pfarrer werden!)“

Nun folgt eine greuliche Schilderung von dem Treiben der Radikalen, und wie die Censur zu nachsichtig sei, und wie strenge Censoren geopfert werden. Dann heißt es weiter:

„Ueberblickt man Alles, bis zu den Angriffen, welche täglich gegen die Behörden und obrigkeitlichen Personen gemacht werden, bedenkt man dabei den Mangel an allem Widerstand und systematischem Regiment in Staat und Kirche, so sieht man nicht ohne ein banges Gefühl der nahen Zukunft entgegen, und findet viele Analogien mit den Zuständen unmittelbar vor der Revolution in Frankreich. Von den meisten Beamten wird auch offen geklagt, welche ein widerseßliches Benehmen sich überall kund gebe, und wie man unter obwaltenden Verhältnissen bald nicht mehr im Stande sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten.“

Man sieht hieraus, daß das Morgenblatt, obgleich ihm die

obrigkeitlichen Kundmachungen für den Unterheinkreis zugewendet wurden, doch mit der Regierung keineswegs zufrieden ist. Es beklagt den Verlust des strengen Censors, der ihm Alles stehen ließ und jede Erwiderung strich — und das ist sehr begreiflich, da schlechte Blätter nur dann bestehen können, wenn sie allein schreiben dürfen. Es schildert die Zustände in Baden so gefährlich, als ob jeden Tag eine Revolution ausbrechen könnte, während doch Jedermann weiß, daß es vielleicht keinen zweiten Bundesstaat gibt, wo so wenig Anlaß zu derartigen Besorgnissen wäre, als in Baden. Je weniger die Regierung für das Morgenblatt und die Süddeutsche Partei nimmt, je mehr sie sich über den Parteien hält, Gesetz und Recht achtet, Willkühr vermeidet und dasselbe Benehmen, wie von den Bürgern, so von den Beamten verlangt, desto höher wird sie in der Achtung und im Vertrauen des Volkes stehen. Es schadet dann gar nicht, wenn das Morgenblatt, welches der Regierung seit einiger Zeit ein Sammetpöfchen gemacht und Schmeicheln gesagt hat, nun — weil es auf diesem Wege seine schlimmen Zwecke nicht erreicht — plötzlich die Krallen herauskehrt und die Regierung bei seinen ausländischen Patronen verdächtigt und denunziert. Auf die Freundschaft eines Morgenblattes kann man sich nicht verlassen, man ist viel besser daran, wenn man es zum Feinde hat. Die Süddeutsche macht es gerade so. Sie lobt in ihrem Grimm das Buch über die badischen Landtage von 1845 und 1846, welches bei Vecker in Stuttgart erschienen ist, über alle Maßen, — weil darin die badische Regierung eben so verdächtigt wird, wie in obigem Artikel des Morgenblattes.

#### Verschiedenes.

(Aufmunterung für Lehrer.) Ein Lehrer steht ein halbes Jahrhundert der Töchterchule vor; sie war die beste weit und breit. Bei seiner Jubelfeier wird ihm in freundlicher Weise von seinen Amtsbrüdern, den Gemeindebehörden und den Schülerinnen — dies war jede Frau und Jungfrau in der Stadt — die Anerkennung seiner segensreichen Wirksamkeit zu Theil. Ein halbes Jahr nachher war Prüfung. Der Schulvisitator fand kein Wort des Lobes auszusprechen; später kam ein Prüfungsbescheid vom Oberkirchenrathe, worin gesagt wurde: „man wolle den nicht guten Zustand der Schule durch das hohe Alter des Lehrers entschuldigen.“

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.

### Anzeigen.

Bei Heinrich Hoff in Mannheim ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

#### Politische und unpolitische Fahrten und Abenteuer

von  
K. Heinzen.

2 Theile. 8°. Tplr. 1. 15 Sgr. — fl. 2. 30 fr.  
Selbstverlag des Verfassers.

Wir erlauben uns, alle Freunde von Heinzen auf dieses neue interessante Werk desselben aufmerksam zu machen. Der Verfasser sagt darüber im Vorwort: „Es ließe sich selbst betragen und den Feinden des Glückes freier Menschen einen sehr überflüssigen Triumph bereiten, wollte man in den trüben und verbit-

ternden Schicksalen des Zeitalters sich die Fähigkeit rauben lassen, in das ernste Streben die Abwechslungen der Deiterkeit und Laune zu mischen. Möge der Inhalt dieses Buches von dieser tröstlichen Fähigkeit einigermassen Zeugnis ablegen und seine Ursache beim Leser zur Wirkung werden lassen.“

#### Das wahre Wesen der gegenwärtigen religiösen Reformation in Deutschland.

Dargestellt von  
Professor Dr. Bayrhoffer.

gr. 8°. — 2 Sgr., 6 fr.

#### Geschichte des russischen Feldzuges.

Schöne und sehr billige Ausgabe des berühmten  
Geschichtswerkes:

#### Geschichte

Napoleons und der großen Armee  
im Jahre 1812.

Von dem  
Generat Grafen von Ségur.

Aus dem Französischen übersezt v. Dr. Kottenlam.

Dritte verbesserte Auflage.

8° brosch. 20 Ngr. — fl. 1. 12 fr.

Mannheim, bei Heinrich Hoff.